

Satzung zur Erhebung und zur Höhe der Elternbeiträge für Tagespflegeplätze in der Stadt Frankfurt (Oder)

Aufgrund der §§ 3, 28 Abs. 2 Nr. 9, 64 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr. 19], S. 286), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 32]), dem § 90 Abs. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I. S. 2022), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. August 2013 (BGBl. I. S. 3464) geändert worden ist sowie den §§ 17, 18 des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (Kindertagesstättengesetz – KitaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.06.2004 (GVBl. I/04, [Nr. 16], S. 384), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. April 2014 (GVBl. I/14, [Nr. 19]) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) in der Sitzung vom 11.12.2014 folgende Satzung beschlossen.

§ 1 Wirkungsbereich

- (1) Für die Inanspruchnahme eines Tagespflegeplatzes erhebt die Stadt Frankfurt (Oder) als Leistungsverpflichteter auf der Grundlage des Kindertagesstättengesetzes des Landes Brandenburg (KitaG Bbg.) und der Richtlinie für Kindertagespflege in der Stadt Frankfurt (Oder) Elternbeiträge nach dieser Elternbeitragsatzung.
- (2) Die Kindertagespflege ist gemäß §§ 22 bis 24 SGB VIII ein Angebot der Jugendhilfe zur Förderung von Kindern, das die Entwicklung des Kindes fördern, die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen sowie den Eltern dabei helfen soll, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren. Kindertagespflege dient der Betreuung von Kindern im Haushalt der Tagespflegeperson, der Personensorgeberechtigten oder in anderen geeigneten Räumlichkeiten und ist eine Betreuungsform vorrangig für Kinder unter 3 Jahren.

§ 2 Grundsätze für die Aufnahme eines Kindes in Tagespflege

- (1) Voraussetzung für die Aufnahme eines Kindes in eine öffentlich geförderte Tagespflegestelle ist die schriftliche Antragstellung durch den/die Personensorgeberechtigten im Amt für Jugend und Soziales der Stadt Frankfurt (Oder).
- (2) Es ist ein Betreuungsvertrag zwischen dem Leistungsverpflichteten, dem Personensorgeberechtigten und der Tagespflegeperson abzuschließen.
- (3) Vor der erstmaligen Aufnahme eines Kindes ist eine ärztliche Untersuchung nachzuweisen, die eine bedenkenlose Aufnahme aus ärztlicher Sicht bestätigt. Im Rahmen der Aufnahmeuntersuchung ist der Impfstatus zu überprüfen und eine erforderliche Ergänzung anzubieten.
- (4) Mit der Unterzeichnung des Betreuungsvertrages wird die Satzung zur Erhebung und zur Höhe der Elternbeiträge für Tagespflegeplätze in der Stadt Frankfurt (Oder) in der jeweils geltenden Form anerkannt.

§ 3 Betreuungszeit

- (1) Die Betreuungszeit der Kinder richtet sich nach dem konkreten Rechtsanspruch des Kindes nach § 1 KitaG Bbg.
- (2) Die Festlegung der erforderlichen Betreuungszeit erfolgt durch Bescheid des Leistungsverpflichteten.
- (3) Der Umfang der täglichen Betreuungszeit richtet sich nach dem individuellen Bedarf und wird in der Regel als tägliche Betreuungszeit nach folgender Staffelung gewährt:
 - bis zu 6 Stunden (Mindestbetreuungszeit)
 - über 6 bis zu 8 Stunden (längere Betreuungszeit)
 - über 8 Stunden (verlängerte Betreuungszeit)
- (4) Abweichend von den Regelungen in § 3 Abs. 3 kann für Kinder, die einen geringeren oder vorübergehenden Betreuungsbedarf haben (unter 20 Stunden wöchentlich/ Betreuung nur an einzelnen Tagen) oder für die ein Bedarf an ergänzender Tagespflege besteht (in Ergänzung zu einer Kita- oder Hortbetreuung), eine geringere tägliche oder wöchentliche Betreuungszeit vereinbart werden.
- (5) Die vereinbarte Betreuungszeit kann in Abstimmung mit der Tagespflegeperson und dem Leistungsverpflichteten wöchentlich oder täglich vereinbart werden.

§ 4 Grundsätze für die laufende Betreuung

- (1) Ein absehbares langfristiges Fernbleiben des Kindes (z.B. durch Kuren oder Krankenhausaufenthalt) oder ein Fernbleiben von über vier Wochen ist der Tagespflegeperson und dem Leistungsverpflichteten unverzüglich anzuzeigen. Die Verfahrensweise bei kurzfristiger Abwesenheit wird im Betreuungsvertrag geregelt.
- (2) Auf Antrag soll eine Eingewöhnungszeit gewährt werden. Sie ermöglicht eine stundenweise Betreuung nach Absprache mit der Tagespflegeperson und erstreckt sich höchstens über einen Zeitraum von 2 Wochen vor der vertraglich vereinbarten Betreuungsaufnahme.

§ 5 Beendigung, Ausschluss

- (1) Die Personensorgeberechtigten können/ der Leistungsverpflichtete kann den Betreuungsvertrag bis zum 1. Werktag eines Monats mit Wirkung zum Ablauf dieses Monats kündigen. In begründeten Ausnahmefällen kann der Leistungsverpflichtete auf schriftlichen Antrag die Kündigungsfrist abkürzen.
- (2) Die Kündigung der Betreuung durch die Personensorgeberechtigten bedarf der Schriftform. Sie hat gegenüber dem Leistungsverpflichteten zu erfolgen.
- (3) Die Personensorgeberechtigten können/ der Leistungsverpflichtete kann den Betreuungsvertrag fristlos kündigen und das Kind von der Betreuung durch die öffentlich geförderte Tagespflege ausschließen, insbesondere
 - wenn das Kind über einen ununterbrochenen Zeitraum von mehr als vier Wochen der Tagespflegestelle unentschuldig fernbleibt,
 - wenn durch den/die Personensorgeberechtigten grob fahrlässig oder vorsätzlich falsche Angaben gemacht werden,

- wenn die Personensorgeberechtigten mehr als zwei Monate ihren Zahlungsverpflichtungen trotz Mahnung nicht nachkommen,
- wenn die Personensorgeberechtigten gegen Regelungen dieser Satzung oder des Betreuungsvertrages verstoßen,
- wenn der Rechtsanspruch des betreuten Kindes nach § 1 des Kindertagesstättengesetzes des Landes Brandenburg nicht mehr gegeben ist sowie
- wenn die Tagespflegeperson gegen Regelungen des Betreuungsvertrages verstößt.

§ 6 Beiträge

- (1) Die Personensorgeberechtigten haben für die Betreuung des Kindes in einer Tagespflegestelle Elternbeiträge zu entrichten. Personensorgeberechtigt ist gemäß § 17 Abs.1 KitaG Bbg. derjenige, dem die Personensorge für das Kind zusteht.
- (2) Die Elternbeiträge werden als öffentlich-rechtliche Forderungen erhoben. Die Höhe des monatlichen Beitrages wird durch Bescheid festgestellt.
- (3) Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner.
- (4) Die Elternbeitragspflicht entsteht mit der vertraglich vereinbarten Aufnahme des Kindes in der Tagespflegestelle und ist unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme der Tagespflegestelle. Bei der Wahrnehmung einer Eingewöhnungszeit entsteht die Elternbeitragspflicht mit dem 1. Tag der Eingewöhnungszeit; für die Eingewöhnungszeit sind pauschal 25 v. H. des Beitrages des nächstfolgenden vollen Monats zu zahlen.
- (5) Die Aufnahme des Kindes soll zum 1. eines Monats erfolgen. Elternbeiträge sind für jeden Monat, in dem das Kind angemeldet und aufgenommen ist, in voller Höhe zu entrichten, sofern die Aufnahme bis zum 15. des Monats erfolgt. Dies gilt auch bei Krankheit, Urlaub sowie bei vorübergehendem Fehlen und bei Abmeldung des Kindes bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. Sollte eine Aufnahme nach dem 15. des Monats erfolgen, so sind 50 v.H. des Elternbeitrages zu entrichten.
- (6) In Ausnahmefällen, insbesondere familiären Notsituationen, Abwesenheit während einer Kur bei Zuzahlungen der Personensorgeberechtigten oder länger als 6 Wochen andauernden entschuldigten Fehlzeiten, kann die Stadt auf Antrag der Personensorgeberechtigten durch Einzelentscheidung von der Beitragspflicht für die betreffenden Zeiträume abweichen.
- (7) Die Elternbeiträge werden auf der Grundlage des anrechnungsfähigen Jahresnettoeinkommens der Beitragspflichtigen ermittelt und sind in 12 Monatsbeiträgen zu zahlen.
- (8) Die Bezahlung erfolgt bargeldlos.
- (9) Zahlungsrückstände werden im Verwaltungsvollstreckungsverfahren beigetrieben.

§ 7 Bemessungsgrundlage der Beiträge

- (1) Bemessungsgrundlage für die Beiträge nach § 1 Abs. 1 dieser Satzung sind:
 - ob die Betreuung im Haushalt der Kindertagespflegeperson bzw. in angemieteten Räumen oder im Haushalt der Personensorgeberechtigten stattfindet
 - der Umfang der vereinbarten Betreuungszeit
 - das anrechnungsfähige Jahreseinkommen der Eltern (§ 17 Abs. 2 KitaG Bbg.)

- Anzahl der unterhaltsberechtigten im Haushalt lebenden Kinder

Der Elternbeitrag wird entsprechend der Zahl der im Haushalt der Elternbeitragspflichtigen lebenden unterhaltsberechtigten Kinder ermäßigt. Unterhaltsberechtigte Kinder außerhalb des Haushaltes werden bei der Einkommensermittlung berücksichtigt. Haben Beitragspflichtige mehrere unterhaltsberechtigte Kinder, so gelten die jeweiligen Beitragstabellen für Familien mit einem Kind, zwei Kindern bzw. drei Kindern. Ab dem vierten unterhaltsberechtigten Kind werden für das vierte, fünfte und gegebenenfalls jedes weitere im Haushalt lebende unterhaltsberechtigte Kind, keine Elternbeiträge erhoben.

- (2) Bemessungsgrundlage ist das Einkommen der Beitragspflichtigen gem. §§ 8 und 9 dieser Satzung.

§ 8 Einkommensnachweis

- (1) Die Personensorgeberechtigten sind verpflichtet, nach Abschluss des Betreuungsvertrages Auskunft über ihre Einkommensverhältnisse zu geben und auf Verlangen durch Vorlage entsprechender Belege nachzuweisen.
- (2) Ferner hat ein regelmäßiger Einkommensnachweis durch die Personensorgeberechtigten jeweils jährlich in dem Monat zu erfolgen, der nach seiner Benennung dem Monat der Aufnahme des Kindes entspricht (erstmalig 12 Monate nach Aufnahme des Kindes).
- (3) Im Übrigen sind wesentliche Änderungen der Einkommensverhältnisse dem Leistungsverpflichteten unverzüglich und unaufgefordert schriftlich anzuzeigen und auf Verlangen durch Vorlage entsprechender Belege nachzuweisen. Wesentlich sind solche Änderungen der Einkommensverhältnisse, die zu einer Änderung der Beitragseinstufung führen.
- (4) Bei Ehen und eheähnlichen Lebensgemeinschaften wird das Einkommen beider Partner zugrunde gelegt, sofern sie die leiblichen Eltern des Kindes sind. Steht ein Partner der Lebensgemeinschaft in keiner Rechtsbeziehung zum Kind, so bleibt sein Einkommen bei der Ermittlung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unberücksichtigt. Dies gilt gleichfalls bei nachweislich getrennt lebenden Ehepartnern für das Einkommen des nicht mit dem Kind zusammenlebenden Elternteils.
- (5) Lebt das Kind zeitlich begrenzt abwechselnd bei jeweils einem der getrennt lebenden Personensorgeberechtigten (sog. Wechselmodell), so trägt jeder Elternbeitragspflichtige den Elternbeitrag in der Weise, dass dessen jeweiliges Einkommen zugrunde gelegt wird und der so ermittelte fiktive Monatsbeitrag ins Verhältnis zur tatsächlichen Aufenthaltszeit des Kindes bei diesen Personensorgeberechtigten gesetzt wird.

§ 9 Einkommen

- (1) Das anrechnungsfähige Jahreseinkommen im Sinne dieser Beitragssatzung ist die Summe des jährlichen Nettoeinkommens und der sonstigen Einnahmen. Ein Ausgleich von positiven Einkünften mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammen veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.
- (2) Maßgebend für die Höhe des Elternbeitrages ist das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres; sofern es sich verschlechtert oder verbessert hat, das zu erwartende Jahreseinkommen, d.h. das tatsächliche monatliche Einkommen x 12 zuzüglich Weihnachts- und Urlaubsgeld, Tantiemen, Prämien etc.

- (3) Als Nettoeinkommen gilt bei Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit das Bruttoeinkommen einschließlich Weihnachts- und Urlaubsgeld, abzüglich der Lohn- und Kirchensteuer, des Solidaritätszuschlages, des Arbeitnehmeranteils zur Sozialversicherung sowie der Werbungskosten. Hinsichtlich der Werbungskosten ist der Arbeitnehmer-Pauschalbetrag nach dem Einkommensteuergesetz in der jeweils geltenden Fassung in Abzug zu bringen; die Berücksichtigung höherer Werbungskosten anhand eines Einkommenssteuerbescheides für das betreffende Jahr bleibt davon unberührt.
- (4) Bei Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit wird von der Summe der positiven Einkünfte ein Pauschalbetrag von 30 v.H. in Abzug gebracht. Damit sind Aufwendungen für die Einkommens- und Kirchensteuer einschließlich des Solidaritätszuschlages, Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, Altersvorsorge sowie Arbeitslosenversicherung sowie sonstige Aufwendungen, die nicht Betriebsausgaben sind abgegolten. Die positiven Einkünfte ergeben sich aus den Einnahmen abzüglich der Betriebsausgaben und sind dem Einkommensteuerbescheid zu entnehmen.
Bei Selbstständigen, die noch keinen Einkommensteuerbescheid erhalten haben, ist im 1. Jahr von einer Einkommensselbsteinschätzung auszugehen. Wird 3 Jahre in Folge kein Gewinn nachgewiesen, ist eine Bescheinigung vom Finanzamt über die Gewerbetätigkeit vorzulegen.
- (5) Zu den sonstigen Einnahmen gehören alle Geldbezüge, unabhängig davon, ob sie steuerpflichtig oder steuerfrei sind, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen, einschließlich öffentlicher Leistungen für die Beitragspflichtigen.
Zu den sonstigen Einnahmen gehören z.B.
- wegen Geringfügigkeit pauschal vom Arbeitgeber versteuerte Einkommen, Renten, Unterhaltsleistungen an den Beitragspflichtigen und die Kinder, Einnahmen aus Mieten und Pachten sowie Kapitalvermögen
 - Einnahmen nach dem Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung, z. B. Überbrückungsgeld, Arbeitslosengeld, Unterhaltsgeld, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Wintergeld, Winterausfallgeld, Konkursausfallgeld
 - Sonstige Leistungen nach den Sozialgesetzen, z. B. Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletztenwert, Übergangsgeld, Leistungen nach dem Wehrgesetz und sonstigen sozialen Gesetzen
 - Elterngeld ab einer Höhe von über 300 Euro pro Kind und Monat
 - Elterngeld ab einer Höhe von über 150 Euro pro Kind und Monat in Fällen des § 6 Satz 2 Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (Verdopplung des Auszahlungszeitraumes bei Halbierung der Auszahlungssumme)
- Zu den sonstigen Einnahmen gehören nicht:
Kindergeld, Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II, SGB XII sowie dem Asylbewerberleistungsgesetz, Kinderzuschlag gemäß § 6 a Bundeskindergeldgesetz, Wohngeld, Betreuungsgeld, Pflegegeld und BAFÖG-Leistungen.
- (6) Bei Beitragspflichtigen, die an den getrennt lebenden bzw. geschiedenen Ehegatten sowie an die nicht in ihrem Haushalt lebenden Kinder Unterhaltsleistungen zu erbringen haben, sind diese Unterhaltsleistungen vom Nettoeinkommen abzusetzen.
- (7) Bei den Versorgungsbezügen der Beamten nach dem Beamtenversorgungsgesetz sind die Einkommensteuer einschließlich des Solidaritätszuschlages, die Werbungskosten und die Beiträge für die Krankenversicherung in Abzug zu bringen. Beim Bezug von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind die zu zahlenden Beiträge an die Sozialversicherung, die Werbungskosten sowie die Einkommensteuer einschließlich des Solidaritätszuschlages in Abzug zu bringen. Die Einkommensteuer ist nach den jeweils geltenden Einkommensteuertabellen in Abzug zu bringen.

- (8) Bei Einnahmen aus Mieten, Pachten sowie Kapitalvermögen sind Werbungskosten nach dem Einkommensteuergesetz in der jeweils geltenden Fassung abzuziehen.
- (9) Der oder die Beitragspflichtige sind verpflichtet, bei Abschluss des Betreuungsvertrages zur Aufnahme des Kindes und danach mindestens einmal jährlich dem Träger der Kinderbetreuung Auskunft über ihre Einkommensverhältnisse zu geben und auf Verlangen durch Vorlage entsprechender Belege nachzuweisen. Der Auskunftspflicht und der Pflicht zur Vorlage von Belegen ist Genüge getan, sofern aus den Angaben glaubhaft die Einstufung zu einer bestimmten Einkommensgruppe hervorgeht. Bei der Einordnung in die Einkommenshöchststufe ist eine Glaubhaftmachung nicht erforderlich.
- (10) Die Beitragspflichtigen haben die Pflicht, alle Veränderungen der familiären und wirtschaftlichen Situation, wie z. B. Erwerbslosigkeit, Erwerbstätigkeitsaufnahme, Elternzeit, Geburt eines Geschwisterkindes, Änderungen des Einkommens, die zu einer Änderung des Rechtsanspruches und/ oder zu einer Beitragsänderung führen, unverzüglich nach Bekanntwerden mitzuteilen, sogenannte ständige Selbsteinschätzungspflicht. Die sich daraus ergebende Beitragsänderung wird dann zum 1. des Monats wirksam, in dem das Ereignis eintritt. Versäumen die Beitragspflichtigen die unaufgeforderte Mitteilung und ist bei einer erneuten Einkommensermittlung ein höherer Elternbeitrag festzusetzen, so sind die Personensorgeberechtigten zur rückwirkenden Nachzahlung bis zu 1 Jahr verpflichtet. Ebenso begründet sich daraus auch eine Rückzahlungsverpflichtung an die Personensorgeberechtigten für max. 1 Jahr, wenn das Einkommen der Personensorgeberechtigten niedrigere Einkommensgruppen erreicht hat.

§ 10 Höhe der Kostenbeteiligung

- (1) Die Sätze für den jeweils anfallenden Elternbeitrag nach § 1 Abs. 1 dieser Satzung sind der Anlage 1 zu entnehmen, die Bestandteil dieser Satzung ist.
- (2) Weisen die Beitragspflichtigen (Personensorgeberechtigten) ihr Einkommen nicht nach, so wird der Höchstbetrag entsprechend der jeweiligen Staffelungstabelle erhoben. Der Auskunfts- und Nachweispflicht ist Genüge getan, sofern aus den Angaben glaubhaft die Einstufung zu einer bestimmten Einkommensgruppe hervorgeht. Bei der Einordnung in die Einkommenshöchststufe ist eine Glaubhaftmachung nicht erforderlich.
- (3) Für Kinder, die gemäß § 3 Abs. 4 einen geringeren Betreuungsbedarf oder einen Bedarf an ergänzender Tagespflege haben, wird eine durchschnittliche Betreuungszeit pro Tag bei einer 5 Tage-Woche errechnet. Es erfolgt dann eine prozentual anteilige Berechnung des Elternbeitrages.

§ 11 Beitragsermäßigung/ Beitragserlass

- (1) Die Elternbeiträge können gemäß § 90 Abs. 3 SGB VIII auf Antrag ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die Belastung dem Kind oder seinen Eltern nicht zuzumuten ist.
- (2) In den Fällen des § 18 Abs. 2 i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz KitaG Bgb. – Kinder aus Pflegefamilien und Heimen (§§ 33, 34 SGB VIII) – sowie für Kinder in stationären gemeinsamen Wohnformen gemäß § 19 SGB VIII werden keine Elternbeiträge erhoben.

§ 12 Beitragsfreiheit

Für Kinder von Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II, dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie von Kinderzuschlag gemäß § 6 a Bundeskindergeldgesetz werden gemäß § 90 (3) SGB VIII keine Beiträge erhoben.

§ 13 Essengeld

Neben den Elternbeiträgen ist für die Verpflegung in der Tagespflegestelle ein Essengeldbeitrag zu entrichten. Regelungen zur Essenversorgung und zur Zahlung des Essengeldes werden im Betreuungsvertrag getroffen.

§ 14 Auskunftspflicht, Datenschutz

- (1) Die Personensorgeberechtigten sind gemäß § 97a SGB VIII verpflichtet, unverzüglich alle notwendigen Angaben im Zusammenhang mit der Betreuung des Kindes, insbesondere Angaben für die Ermittlung des Elternbeitrages (Einkommensnachweise, Angaben zum Wohnort und zur Anschrift, Angaben zu den unterhaltspflichtigen Kindern, Familienstandsänderungen, Änderung des Rechtsanspruches u.a.) wahrheitsgemäß und vollständig dem Leistungsverpflichteten gegenüber zu machen.
- (2) Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Leistungsverpflichteten ist zulässig, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben zur Festsetzung und Erhebung der Elternbeiträge erforderlich ist. Die Daten sind zu löschen, sobald sie dafür nicht mehr erforderlich sind.
- (3) Rechtsgrundlage für den Umgang mit den erhobenen Daten ist das Zweite Kapitel des Sozialgesetzbuches X (Schutz der Sozialdaten) und die damit im Zusammenhang stehenden Gesetze und Verordnungen.

§ 15 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.03.2015 in Kraft.

| Anlage 1 (Tabelle in €) | | | | | | | | | | | |
|--|---------------------------|-----------------------|----------------------------------|----------|------------------------------|----------------------------------|----------|----------------------------|----------------------------------|----------|-------------|
| Elternbeiträge für Kinder in Kindertagespflege im Haushalt der Kindertagespflegeperson oder in angemieteten Räumen | | | | | | | | | | | |
| | | Mindestbetreuungszeit | | | längere Betreuungszeit | | | verlängerte Betreuungszeit | | | |
| | | bis 6 Stunden täglich | | | über 6 bis 8 Stunden täglich | | | über 8 Stunden täglich | | | |
| | | 100% | | | 120% | | | 130% | | | |
| | | 1 | | | 2 | | | 3 | | | |
| | Jahresnetto- einkommen | Monats- einkommen | Anzahl der unterhaltsber. Kinder | | | Anzahl der unterhaltsber. Kinder | | | Anzahl der unterhaltsber. Kinder | | |
| | | | 1 Kind | 2 Kinder | ab 3 Kinder | 1 Kind | 2 Kinder | ab 3 Kinder | 1 Kind | 2 Kinder | ab 3 Kinder |
| | | | 100% | 80% | 60% | 100% | 80% | 60% | 100% | 80% | 60% |
| unter | 9.800 € | 817 € | 14 | 11 | 9 | 17 | 14 | 10 | 19 | 15 | 11 |
| ab | 9.800 € | 817 € | 16 | 13 | 10 | 20 | 16 | 12 | 21 | 17 | 13 |
| ab | 11.100 € | 925 € | 21 | 17 | 12 | 25 | 20 | 15 | 27 | 22 | 16 |
| ab | 12.400 € | 1.033 € | 26 | 21 | 16 | 31 | 25 | 19 | 34 | 27 | 20 |
| ab | 13.700 € | 1.142 € | 31 | 25 | 19 | 38 | 30 | 23 | 41 | 33 | 24 |
| ab | 15.000 € | 1.250 € | 38 | 30 | 23 | 45 | 36 | 27 | 49 | 39 | 29 |
| ab | 16.300 € | 1.358 € | 44 | 35 | 26 | 53 | 42 | 32 | 57 | 46 | 34 |
| ab | 17.600 € | 1.467 € | 51 | 41 | 31 | 62 | 49 | 37 | 67 | 53 | 40 |
| ab | 18.900 € | 1.575 € | 59 | 47 | 35 | 71 | 57 | 43 | 77 | 61 | 46 |
| ab | 20.200 € | 1.683 € | 67 | 54 | 40 | 81 | 65 | 48 | 88 | 70 | 53 |
| ab | 21.500 € | 1.792 € | 76 | 61 | 46 | 91 | 73 | 55 | 99 | 79 | 59 |
| ab | 22.800 € | 1.900 € | 86 | 68 | 51 | 103 | 82 | 62 | 111 | 89 | 67 |
| ab | 24.100 € | 2.008 € | 95 | 76 | 57 | 114 | 92 | 69 | 124 | 99 | 74 |
| ab | 25.400 € | 2.117 € | 106 | 85 | 64 | 127 | 102 | 76 | 138 | 110 | 83 |
| ab | 26.700 € | 2.225 € | 117 | 93 | 70 | 140 | 112 | 84 | 152 | 121 | 91 |
| ab | 28.000 € | 2.333 € | 128 | 103 | 77 | 154 | 123 | 92 | 167 | 133 | 100 |
| ab | 29.300 € | 2.442 € | 140 | 112 | 84 | 168 | 135 | 101 | 183 | 146 | 110 |
| ab | 30.600 € | 2.550 € | 153 | 122 | 92 | 184 | 147 | 110 | 198 | 159 | 119 |
| ab | 31.900 € | 2.658 € | 160 | 128 | 96 | 189 | 153 | 115 | 198 | 166 | 124 |
| ab | 33.200 € | 2.767 € | 166 | 133 | 100 | 189 | 159 | 120 | 198 | 173 | 129 |
| ab | 34.500 € | 2.875 € | 173 | 138 | 104 | 189 | 166 | 124 | 198 | 179 | 135 |
| ab | 35.800 € | 2.983 € | 174 | 143 | 107 | 189 | 172 | 129 | 198 | 186 | 140 |
| ab | 37.100 € | 3.092 € | 174 | 148 | 111 | 189 | 178 | 134 | 198 | 193 | 145 |
| ab | 38.400 € | 3.200 € | 174 | 154 | 115 | 189 | 184 | 138 | 198 | 198 | 150 |
| ab | 39.700 € | 3.308 € | 174 | 159 | 119 | 189 | 189 | 143 | 198 | 198 | 155 |
| ab | 41.000 € | 3.417 € | 174 | 164 | 123 | 189 | 189 | 148 | 198 | 198 | 160 |
| ab | 42.300 € | 3.525 € | 174 | 169 | 127 | 189 | 189 | 152 | 198 | 198 | 165 |
| ab | 43.600 € | 3.633 € | 174 | 174 | 131 | 189 | 189 | 157 | 198 | 198 | 170 |
| ab | 44.900 € | 3.742 € | 174 | 174 | 135 | 189 | 189 | 162 | 198 | 198 | 175 |
| ab | 46.200 € | 3.850 € | 174 | 174 | 139 | 189 | 189 | 166 | 198 | 198 | 180 |
| ab | 47.500 € | 3.958 € | 174 | 174 | 143 | 189 | 189 | 171 | 198 | 198 | 185 |
| ab | 48.800 € | 4.067 € | 174 | 174 | 146 | 189 | 189 | 176 | 198 | 198 | 190 |
| ab | 50.100 € | 4.175 € | 174 | 174 | 150 | 189 | 189 | 180 | 198 | 198 | 195 |
| ab | 51.400 € | 4.283 € | 174 | 174 | 154 | 189 | 189 | 185 | 198 | 198 | 198 |
| ab | 52.700 € | 4.392 € | 174 | 174 | 158 | 189 | 189 | 189 | 198 | 198 | 198 |
| ab | 54.000 € | 4.500 € | 174 | 174 | 162 | 189 | 189 | 189 | 198 | 198 | 198 |
| ab | 55.300 € | 4.608 € | 174 | 174 | 166 | 189 | 189 | 189 | 198 | 198 | 198 |
| ab | 56.600 € | 4.717 € | 174 | 174 | 170 | 189 | 189 | 189 | 198 | 198 | 198 |
| ab | 57.900 € | 4.825 € | 174 | 174 | 174 | 189 | 189 | 189 | 198 | 198 | 198 |

Anlage 2 (Tabelle in €)

Eternbeiträge für Kinder in Kindertagespflege im Haushalt der Personensorgeberechtigten

| | Jahresnetto- einkommen | Monats- einkommen | Mindestbetreuungszeit bis 6 Stunden täglich | | | längere Betreuungszeit über 6 bis 8 Stunden täglich | | | verlängerte Betreuungszeit über 8 Stunden täglich | | |
|-------|---------------------------|----------------------|--|----------|-------------|--|----------|-------------|--|----------|-------------|
| | | | 100% | | | 120% | | | 130% | | |
| | | | 1 | | | 2 | | | 3 | | |
| | | | Anzahl der unterhaltsber. Kinder | | | Anzahl der unterhaltsber. Kinder | | | Anzahl der unterhaltsber. Kinder | | |
| | | | 1 Kind | 2 Kinder | ab 3 Kinder | 1 Kind | 2 Kinder | ab 3 Kinder | 1 Kind | 2 Kinder | ab 3 Kinder |
| | | | 100% | 80% | 60% | 100% | 80% | 60% | 100% | 80% | 60% |
| unter | 9.800 € | 817 € | 11 | 9 | 7 | 13 | 10 | 8 | 13 | 10 | 8 |
| ab | 9.800 € | 817 € | 13 | 10 | 8 | 15 | 12 | 9 | 15 | 12 | 9 |
| ab | 11.100 € | 925 € | 17 | 13 | 10 | 19 | 15 | 11 | 19 | 15 | 11 |
| ab | 12.400 € | 1.033 € | 21 | 17 | 12 | 23 | 19 | 14 | 24 | 19 | 14 |
| ab | 13.700 € | 1.142 € | 25 | 20 | 15 | 28 | 23 | 17 | 29 | 23 | 17 |
| ab | 15.000 € | 1.250 € | 30 | 24 | 18 | 34 | 27 | 20 | 34 | 27 | 20 |
| ab | 16.300 € | 1.358 € | 35 | 28 | 21 | 40 | 32 | 24 | 40 | 32 | 24 |
| ab | 17.600 € | 1.467 € | 41 | 33 | 25 | 46 | 37 | 28 | 47 | 37 | 28 |
| ab | 18.900 € | 1.575 € | 47 | 38 | 28 | 53 | 43 | 32 | 54 | 43 | 32 |
| ab | 20.200 € | 1.683 € | 54 | 43 | 32 | 61 | 48 | 36 | 61 | 49 | 37 |
| ab | 21.500 € | 1.792 € | 61 | 49 | 37 | 69 | 55 | 41 | 69 | 55 | 42 |
| ab | 22.800 € | 1.900 € | 68 | 55 | 41 | 77 | 62 | 46 | 78 | 62 | 47 |
| ab | 24.100 € | 2.008 € | 76 | 61 | 46 | 86 | 69 | 52 | 87 | 69 | 52 |
| ab | 25.400 € | 2.117 € | 85 | 68 | 51 | 95 | 76 | 57 | 96 | 77 | 58 |
| ab | 26.700 € | 2.225 € | 93 | 75 | 56 | 105 | 84 | 63 | 106 | 85 | 64 |
| ab | 28.000 € | 2.333 € | 103 | 82 | 62 | 116 | 92 | 69 | 117 | 93 | 70 |
| ab | 29.300 € | 2.442 € | 112 | 90 | 67 | 126 | 101 | 76 | 128 | 102 | 77 |
| ab | 30.600 € | 2.550 € | 122 | 98 | 73 | 138 | 110 | 83 | 139 | 111 | 84 |
| ab | 31.900 € | 2.658 € | 128 | 102 | 77 | 144 | 115 | 86 | 145 | 116 | 87 |
| ab | 33.200 € | 2.767 € | 133 | 106 | 80 | 149 | 120 | 90 | 151 | 121 | 91 |
| ab | 34.500 € | 2.875 € | 138 | 110 | 83 | 152 | 124 | 93 | 157 | 126 | 94 |
| ab | 35.800 € | 2.983 € | 142 | 115 | 86 | 153 | 129 | 97 | 161 | 130 | 98 |
| ab | 37.100 € | 3.092 € | 142 | 119 | 89 | 153 | 134 | 100 | 161 | 135 | 101 |
| ab | 38.400 € | 3.200 € | 142 | 123 | 92 | 153 | 138 | 104 | 161 | 140 | 105 |
| ab | 39.700 € | 3.308 € | 142 | 127 | 95 | 153 | 143 | 107 | 161 | 145 | 108 |
| ab | 41.000 € | 3.417 € | 142 | 131 | 98 | 153 | 148 | 111 | 161 | 149 | 112 |
| ab | 42.300 € | 3.525 € | 142 | 135 | 102 | 153 | 152 | 114 | 161 | 154 | 115 |
| ab | 43.600 € | 3.633 € | 142 | 140 | 105 | 153 | 153 | 118 | 161 | 159 | 119 |
| ab | 44.900 € | 3.742 € | 142 | 142 | 108 | 153 | 153 | 121 | 161 | 161 | 123 |
| ab | 46.200 € | 3.850 € | 142 | 142 | 111 | 153 | 153 | 125 | 161 | 161 | 126 |
| ab | 47.500 € | 3.958 € | 142 | 142 | 114 | 153 | 153 | 128 | 161 | 161 | 130 |
| ab | 48.800 € | 4.067 € | 142 | 142 | 117 | 153 | 153 | 132 | 161 | 161 | 133 |
| ab | 50.100 € | 4.175 € | 142 | 142 | 120 | 153 | 153 | 135 | 161 | 161 | 137 |
| ab | 51.400 € | 4.283 € | 142 | 142 | 123 | 153 | 153 | 139 | 161 | 161 | 140 |
| ab | 52.700 € | 4.392 € | 142 | 142 | 126 | 153 | 153 | 142 | 161 | 161 | 144 |
| ab | 54.000 € | 4.500 € | 142 | 142 | 130 | 153 | 153 | 146 | 161 | 161 | 147 |
| | 55.300 € | 4.608 € | 142 | 142 | 133 | 153 | 153 | 149 | 161 | 161 | 151 |
| ab | 56.600 € | 4.717 € | 142 | 142 | 136 | 153 | 153 | 152 | 161 | 161 | 155 |
| ab | 57.900 € | 4.825 € | 142 | 142 | 139 | 153 | 153 | 153 | 161 | 161 | 158 |
| ab | 59.200 € | 4.933 € | 142 | 142 | 142 | 153 | 153 | 153 | 161 | 161 | 161 |